

Hinweis: Eine gekürzte Version des Interviews erschien erstmals in der Ausgabe 3/2014 des Südwind-Magazin.
<http://www.suedwind-magazin.at/start.asp?ID=256676&rubrik=2&ausg=201403>

„Wo sollen sie hin?“

Der junge Staat Südsudan kommt nicht zur Ruhe. Wie geht es den Menschen in einem Rebellengebiet? Patricia Otuka-Karner fragte via Internet für das Südwind-Magazin beim deutschen Comboni-Missionar Pater Gregor Schmidt nach, der seit 2009 im Norden des Landes lebt.

Südwind-Magazin: Wie ist es aus Ihrer Sicht zum aktuellen Konflikt gekommen?

Gregor Schmidt: Das hat mit dem lange schwelenden Machtkampf innerhalb der Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung (SPLM) zu tun: Präsident Salva Kiir wird vorgeworfen, dass er autokratisch regiert bzw. durch eine „ethnische Lobby“ beeinflusst ist. Im Juli 2013 entließ der Präsident das gesamte Kabinett, einschließlich Vizepräsident Riek Machar. Das hat den Machtkampf aber nicht beendet, sondern verschärft. Kiir war schließlich zur Überzeugung gekommen, dass er einigen Einheiten seiner Präsidentengarde nicht mehr vertrauen konnte. Daher ordnete er die Entwaffnung von Nuer-Soldaten an. Als sich diese widersetzten, kam es am 15. Dezember zu einer Schießerei in einer Baracke, die sich innerhalb weniger Stunden zu einer Revolte im ganzen Land ausbreitete.

Bei dem ursprünglichen Konflikt handelt es sich aber nicht allein um Spannungen zwischen Dinka (dem Volk von Kiir) und Nuer (dem Volk von Machar). Auch ist Machar von anderen Oppositionellen nicht als Führungsfigur anerkannt. Z.B. gehören zu den Gegnern des Präsidenten auch Dinka wie die Familie von John Garang, der Ikone der Befreiungsbewegung. Im Gegensatz zu Machar wollen diese ausschließlich auf politischen Weg einen Regierungswechsel herbeiführen. Bei Machar können wir hingegen annehmen, dass dieser seit seiner Absetzung im Juli auch mit einer militärischen Option gespielt hat. Das bedeutet aber nicht, dass er die Schießerei am 15.12. angeordnet hat. Es scheint eher, dass jemand aus der Situation heraus die Nerven verloren hat. Dass die Armee sich in so kurzer Zeit in zwei Lager gespalten hat, zeigt, wie wenig Rückhalt der Präsident hatte. Er nahm die Meuterei als Anlass, die mächtigsten Kritiker in seiner Partei wegen eines angeblichen Umsturzversuches gefangen zu nehmen. Die meisten sind aber mittlerweile wieder freigelassen worden. Die USA und die EU haben die Behauptung der Regierung von Anfang an bezweifelt.

Beschreiben Sie Fangak, die Region, in der Sie leben.

Das Gebiet ist seit dem Ende des Bürgerkrieges 2005 kaum entwickelt und nicht an das Straßen- und Mobilfunknetz angeschlossen worden. Der Staat tritt als Dienstleister bisher kaum in Erscheinung. Die Stadt Old Fangak liegt an einem Seitenarm des Nil, aber der Schiffsverkehr ist wegen der Kämpfe eingestellt; es werden keine Waren mehr geliefert.

Wie geht es der Bevölkerung aktuell?

Wir befinden uns in der Trockenzeit, die bis April geht. In unserer Gegend hungern die Menschen jedes Jahr um diese Zeit. Die Nuer sind Halb-Nomaden. Viele suchen die diesen Monaten mit ihren Herden nach Wasserstellen. Wenn die Hirse-Vorräte aufgebraucht sind, bleibt ihnen Fisch und Wasserlilien. Die Lage hat sich mit der unerwarteten Ankunft von geflüchteten Verwandten verschärft. Fast alle Familien haben Angehörige aufgenommen, die vor den Kämpfen geflohen sind. In einigen Haushalten hat sich die Zahl der zu ernährenden Personen verdoppelt. Insgesamt wurden bei uns 8 000 Flüchtlinge gezählt.

Wird die ethnische Zugehörigkeit im Konflikt instrumentalisiert?

Der aktuelle Konflikt ist vor allem deshalb „ethnisch“ geworden, weil 3000 Dinka-Sicherheitskräfte aus der Heimat des Präsidenten nach Juba gerufen wurden, die ab dem zweiten Tag der Schießereien auf Anweisung hunderte Nuer Zivilisten in Juba hingerichtet haben. Das hat eine Dynamik der Blutrache in Gang gesetzt, die weite Teile der Bevölkerung involviert und vor allem Minderheiten auf beiden Seiten gefährdet. Als Mitglied einer ethnischen Gruppe wird man für die Untaten von anderen haftbar gemacht. Es gibt im traditionellen System ein anerkanntes Gesetz, dass für einen Mord ein anderes Leben genommen werden muss. Wenn nun, wie in der aktuellen Krise, die Anzahl der

Toten unzählbar ist, dann wird jeder Angehörige der anderen Gruppe zur legitimen Zielscheibe. Hätte die Armee den Konflikt in ihren Reihen ausgetragen, wäre uns das alles möglicherweise erspart geblieben.

Die Identifikation mit der eigenen ethnischen Gruppe ist das, was Menschen hier am meisten verbindet. Die eigene Sippe und der eigene Stamm sorgen traditionell für Sicherheit und Verteilungsgerechtigkeit. Mit dem Staat hingegen muss man sich wohl oder übel arrangieren. Das war so mit der britischen Kolonialverwaltung, mit der arabischen Regierung von Karthum und jetzt mit einem Dinka-Präsidenten. Das Konzept eines neutralen Staates, der alle seine Bürger gleich behandelt, ist den Menschen fremd. Solange der Staat nicht als Dienstleister das Leben der Menschen dauerhaft verbessert, wird das traditionelle Sippensystem seine Bedeutung behalten.

Es ist daher zu einfach, wenn der aktuelle Konflikt damit erklärt wird, dass Politiker die Ressentiments ihrer Volksgenossen instrumentalisiert hätten. In einem Vielvölkerstaat müssen alle Völker mit ihren Interessen berücksichtigt werden. Es bedarf transparenter Machtmechanismen und Quoten, die die Repräsentation fair regeln. So etwas gibt es im Südsudan nicht.

Kann der Südsudan überhaupt die verschiedenen Völker integrieren?

Von den über 60 Ethnien haben die meisten auf nationaler Ebene keinen Einfluss. Die Nuer als zweitgrößte Gruppe können sich am ehesten mit den Dinka anlegen. Wie in anderen afrikanischen Staaten sind Dinka der Überzeugung, dass sie als größte Gruppe ein natürliches Recht haben, den Staat zu leiten. Außerdem waren sie es, die den Guerillakrieg unter Führung von John Garang gegen den Norden begonnen hatten und möglicherweise den größten Blutzoll gezahlt haben. Die Dinka stellen daher nicht nur den Präsidenten, sondern haben sich viele Positionen in der Staatsverwaltung reserviert. Was gemeinhin als Korruption und Vetternwirtschaft bezeichnet wird, ist das Grundmuster, wie Ethnien dafür sorgen, dass es innerhalb ihrer Gruppe allen gut geht. Die Bevorzugung der eigenen ethnischen Gruppe und daraus resultierende Konflikte hat es schon immer gegeben. Dieses Verhaltensmuster wird von Politikern lediglich fortgesetzt. Die Frage beantworte ich daher in der gegenwärtigen Situation mit Nein.

Hat es mit diesen Interessengegensätzen seit dem Friedensvertrag 2005 jemals „Frieden“ gegeben?

Es herrscht ständig eine latente Gewaltbereitschaft. Jedes Jahr gibt es hunderte von bewaffneten Auseinandersetzungen mit tausenden von Toten. Das waren unter anderem Kämpfe gegen Truppen des Sudan (Karthum) bzw. deren Proxy-Gruppen im Land, gegen Rebellen der LRA (Lord's Resistance Army), aber hauptsächlich inter-ethnische Konflikte.

Ein Großteil der Südsudanesen gehört Hirtenvölkern an. Es ist seit jeher üblich, sich gegenseitig die Rinder zu rauben und um Weideland zu kämpfen. Früher geschah das mit Speeren, heute mit Kalaschnikows. Bei einigen Hirtenvölkern kommt dazu, dass ein Junge erst dann ein „Mann“ geworden ist, wenn er als Teil seines Initiationsritus sich erfolgreich an einem Rinderraub beteiligt hat.

2009 war mit 2500 Toten in inter-ethnischen Konflikten ein vorläufiger Höhepunkt seit dem Ende der Kämpfe gegen die arabische Regierung. Die Gewalttaten wurden teilweise von Karthum aus mit Waffenlieferungen gefördert, um die Wahlen 2010 und das Unabhängigkeitsreferendum 2011 zu torpedieren. Ich hatte Anfang 2009 bei den Mundari, einem anderen Hirtenvolk, meine Arbeit im Sudan aufgenommen. Da kam es zu zwei Auseinandersetzungen um Rinder mit benachbarten Dinka, wo jeweils etwa 60 Personen getötet wurden. Als Reaktion hatte die Armee die Region durchsucht und jeden Mann solange geschlagen, bis er (s)ein Maschinengewehr herausgab. Pech hatten diejenigen, die wirklich keine Waffe besaßen. Die Soldaten haben solange misshandelt, bis sie sicher waren, dass nicht gelogen wird. Angeblich wurden damals allein auf der Seite der Mundari 3200 AK-47 konfisziert. Es ist aber leicht, sich jederzeit wieder eine Waffe zu besorgen.

Welche Rolle spielen die Ressourcen des Landes – Stichwort Öl?

Der Verkauf von Rohöl liefert 98 Prozent der Staatseinkünfte. Daher haben die Rebellen als erstes die Ölfelder besetzt, um bei den Verhandlungen mehr Druck ausüben zu können. Die Öleinkünfte sind vom Staat bisher schlecht verwaltet worden: Das mit Abstand größte Budget bekommt das Militär (40%). Auch Bündnispartner werden damit gewonnen. Da Kiir autokratisch regiert, hat er viele Leute in der SPLM gegen sich aufgebracht, die bei der Kontrolle des Öls mitreden wollen.

Ende 2012 ist öffentlich geworden, dass Politiker innerhalb von sechs Jahren ein Drittel der Staatseinkünfte in die eigene Tasche gesteckt haben. Das sind zwar „nur“ 4 Milliarden Dollar; im Verhältnis würde das aber z.B. bedeuten,

dass deutsche Politiker 1,2 Billionen Euro gestohlen hätten (gemessen an den Einnahmen in Deutschland in 2012). Der Präsident hatte verlautet, dass es eine Amnestie für alle gibt, die gestohlenen Geld zurückgeben. Es wurde ein Konto eingerichtet, auf dem anonym eingezahlt werden kann. Seitdem ist kaum etwas geschehen, denn auch ohne Reue gibt es faktisch eine Amnestie für die Betrüger.

Den 6 Jahren Ölförderung folgte übrigens ein Förderstopp aufgrund von Streitigkeiten mit Karthum, der über ein Jahr dauerte. Das Leben ging relativ unbeeinträchtigt weiter, was deutlich macht, dass in all den Jahren vorher die Staatseinnahmen kaum für Investitionen und Dienstleistungen benutzt worden sind.

Zurück zum Konflikt, Ende Jänner wurde ein Waffenstillstand ausgehandelt ...

Ja, aber in mehreren Regionen wurde auch danach weitergekämpft. In Unity State, westlich von Jonglei, betreuen wir Comboni-Missionare die Pfarrei in der Stadt Leer. In der Region hat die Regierungsarmee seit dem Waffenstillstand weite Landstriche eingenommen, Orte geplündert und alles in Brand gesetzt, was nicht mitgenommen werden kann. Unzählige Nuer wurden ermordet und Tausende mussten flüchten, obwohl die Waffenstillstandsvereinbarung schon in Kraft getreten war. Im Radio hat ein UN-Sprecher zur gleichen Zeit gesagt, dass es keine groben Verstöße gegen den Waffenstillstand gibt. Die Menschen sind außerdem aufgefordert worden, wieder nach Hause zu gehen. Aber viele haben ihr Haus und ihren ganzen Besitz verloren. Wo sollen sie hin?

Patricia Otuka-Karner schreibt freiberuflich als Journalistin für diverse Medien. Sie hat knapp sieben Jahre in Uganda gelebt und 2013 den Herta-Pammer-Preis der Katholischen Frauenbewegung Österreichs erhalten.

Gregor Schmidt stammt aus Berlin. Der Comboni-Missionar (www.combonisouthsudan.org) lebt seit 2009 im Südsudan und ist Priester bei den Nuer in der Pfarre Old Fangak (Diözese Malakal). Er ist unter gregor.bogdong@gmail.com erreichbar.



Neuer Staat, alte Rivalität

Nach über zwanzig Jahren Krieg wird Südsudan im Juli 2011 von Sudan unabhängig. Danach kommt es sowohl mit dem Sudan, als auch auf südsudanesischen Territorium selbst (nicht zuletzt im ölreichen Grenzgebiet zum Sudan) immer wieder zu Kämpfen. Im Juli 2013 entlässt Präsident Salva Kiir den Vizepräsidenten Riek Machar. In der Folge kommt es zu Unruhen, die sich nach und nach ausweiten. Machar gehört zur Bevölkerungsgruppe der Nuer, Kiir ist ein Dinka. In Südsudan leben zudem noch Schilluk, Azande und weitere Gruppen. Als Teil der Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung (SPLM) kämpften Dinka und Nuer gemeinsam gegen die sudanesischen Zentralregierung. Aber bereits in der Rebellenbewegung gab es Rivalitäten zwischen den beiden Gruppen. **sol**